

union von 1931 bildet das Ende des Untersuchungszeitraums. Madeleine Lynch Dungy interpretiert sie als charakteristischen ambivalenten Wendepunkt des Völkerbunds, sorgfältig entlang seiner Normen gestaltet, zugleich allerdings provokante Herausforderung der Nachkriegsordnung (S. 257).

Ari Şekeryan, The Armenians and the Fall of the Ottoman Empire. After Genocide, 1918–1923. Cambridge, Cambridge University Press 2023. 200 S., £ 75,–.
// doi 10.1515/hzhh-2024-1300

Hans-Lukas Kieser, Zürich

Wie verhalten sich Menschen, die zwar einen Genozid überlebt haben, danach aber innerhalb kürzester Zeit jede Hoffnung auf Gerechtigkeit, öffentliche Wahrheit und eine selbstbestimmte Zukunft aufgeben mussten?

Ari Şekeriyan gibt in seinem Buch eine Antwort auf diese Frage, indem er die Situation der überlebenden osmanischen Armenier nach dem Ersten Weltkrieg und ihre sich dramatisch verändernden Zukunftsperspektiven beschreibt. Auf der Grundlage einer Analyse der armenischen und türkischen Presse Istanbuls und weiterer Primärquellen zeichnet sein Buch die armenischen Hoffnungen, Enttäuschungen und Wendungen jener Jahre nach, als in Ankara unerwartet ein neues, durch vormalige Weltkriegseliten getragenes Machtzentrum entstand.

Das erste Kapitel behandelt die Lage in Istanbul am Ende des Weltkrieges, das zweite die türkische Nationalbewegung unter Kemal Pascha (Atatürk) und das dritte deren antiarmenische Kriege im Kaukasus und in Kilikien, die dem Krieg gegen Griechenland vorausgingen. Das vierte und letzte Kapitel erklärt die damit einhergehenden schwindelerregenden Wendungen in der armenischen Politik. Şekeryans Monographie ist eine wichtige Ergänzung zu zwei neueren Studien, die sich mit der prekären Existenz armenischer Überlebender in der frühen Republik Türkei auseinandersetzen (Lerna Ekmekçioğlu, Recovering Armenia. The Limits of Belonging in Post-genocide Turkey. Stanford, CA 2016 und Talin Suçian, Armenierinnen und Armenier in der Türkei. Postgenozidale Gesellschaft, Politik und Geschichte. Berlin/Boston, MA 2021).

Die Überlebenden des Völkermords in Anatolien und Mesopotamien vertrauten zunächst auf die Versprechungen der Sieger des Ersten Weltkrieges: eine sichere und selbstbestimmte kollektive Zukunft in der alten Heimat. Doch schon 1923

mussten sie sich ganz dem Regime in Ankara unterwerfen, wenn sie ihre alte Heimat in der „neuen Türkei“ nicht verlieren wollten. Die überlebenden osmanisch-armenischen Wortführer – Parteikader, das Patriarchat in Istanbul, Abgeordnete der osmanisch-armenischen „National“ (Millet)-Versammlung – hegten 1919 die trügerische Hoffnung auf ein vom Völkerbund und den Siegermächten unterstütztes „Westarmenien“. Es sollte Teile Ostanatoliens umfassen und sich schließlich mit dem existierenden „Ostarmenien“ vereinigen. Das kaukasische Armenien geriet jedoch bereits Ende 1920 unter die Herrschaft der Bolschewiken, die sich mit Ankara verbündeten. Ankara und Moskau teilten den Südwestkaukasus unter sich auf (und Stalin ließ schließlich das armenische Karabach der Sowjetrepublik Aserbaidschan zuschlagen, statt es, wie zuvor intern beschlossen, Armenien einzugliedern). In Kilikien, ihrer zweiten Hoffnungsregion nach 1918, erlitten die zurückgekehrten Armenier 1921 einen erneuten Exodus, den viele nicht überlebten.

Die vom osmanischen Innenminister und Großwesir Talât vorbereiteten und von Ankara geführten Anatolienkriege richteten sich gegen Ansprüche indigener Christen, alevitischer Kurden und eine von Großbritannien unterstützte griechische Invasion. Sie endeten im Spätsommer 1922 mit der griechischen Niederlage und mündeten unmittelbar in die Konferenz von Lausanne. Der Vertrag von Lausanne, auf den Şekeryan mehrfach eingeht, segnete 1923 den Sieg der türkischen Nationalisten und den Beginn von deren Einparteidiktatur im ganzen Land ab – und damit das Ende osmanischer Multikulturalität in Anatolien. Unter Präsident Gazi Kemal (Atatürk) gelangten zahlreiche Genozidtäter, die unter Talât in Istanbul gedient hatten, in hohe Positionen, und einige von ihnen gehörten der türkischen Delegation in Lausanne an.

Kemal Paschas Sammelbewegung der Muslime Anatoliens wandte sich gegen alles „Fremde“. Noch vor seiner Flucht nach Berlin Ende 1918 hatte Talât Guerilla-formationen initiiert (*Karakol*, die Avantgarde von Ankaras „Nationalen Kräften“, *Kuvayı Millîye*), welche die indigenen Christen erneut zu Zielscheiben exterminatorischer Gewalt machten. Dies und die damit verbundenen Ängste belegt der Verfasser eindrücklich. Zehntausende nach Kilikien zurückgekehrte Armenier mussten es am eigenen Leib erfahren, als ihnen 1921 Frankreichs unerwartetes Abkommen mit Ankara den bisherigen Schutz in der vorübergehend wieder gefundenen Heimat entzog. Der „Inter-Christian Council of Cilicia“, der armenische, assyrische und griechisch-orthodoxe Christen der Region repräsentierte und Selbstbestimmung anstrebte, hatte daher keine Zukunft. Im Südwestkaukasus waren die Armenier schon

früher auf sich allein gestellt, nachdem sich die Briten im Herbst 1918 zurückgezogen und die Bolschewiken im Sommer 1920 Ankara zugewandt hatten. (Die darauf bezogene Karte 3.2 lässt die Grenzziehungen von Brest-Litowsk und wichtige Erläuterungen vermissen.)

Für Ankara war mit dem Vertrag von Lausanne nicht nur der „Schandfrieden“ von Paris-Sèvres, sondern auch alles, was mit der spätoptosmanischen „armenischen Frage“ verbunden war, abgetan: Demokratisierung, Rechenschaft für Massenraubmord sowie indigene Selbstbestimmung jenseits des türkisch-muslimischen Alleinanspruchs. Auch die kurdische Selbstartikulation – das gravierendste Problem der Türkei auch noch im 21. Jahrhundert – blieb, anders als noch in Sèvres, im „Nahostfrieden von Lausanne“ außen vor. Die Postulate der kleinen Völker und des Völkerbunds ließen sich weder mit nationalistischer Diktatur noch den damaligen Prioritäten der westlichen Kolonialreiche und ihrer Nahostmandate in Einklang bringen.

Die Siege der türkischen Nationalisten bedeuteten spätestens im Sommer 1922 das Aus für ein vereinigtes Armenien. Aber erst die Konferenz von Lausanne löschte die letzte osmanisch-armenische Hoffnung auf selbstbestimmte Zukunft aus. Sie hatte zuletzt die bescheidene Form einer Provinz der neuen Türkei angenommen, wo armenische Überlebende und Rückkehrer wieder eine Existenz aufbauen würden. Der zornige Eklat des türkischen Delegierten an der Sitzung der Kommission zu Minderheitenfragen setzte dieser Hoffnung und der bloß noch verbalen Unterstützung durch die Westmächte am 6. Januar 1923 ein jähes Ende. Damit war klar, dass die Armenier, die armenische Sache und ihre Geschichte fortan praktisch nichts mehr bedeuten würden in der westlichen Diplomatie. An dieser Stelle sei auf den prägenden Eindruck, den das armenische Schicksal damals auf Deutsche ausübte, hingewiesen: In einem Interview in München im Dezember 1922 zog Adolf Hitler den fatalen Schluss, Deutschland müsse mit äußerster Brutalität gegen seine Feinde vorgehen, um nicht ein miserables Opfervolk wie die Armenier zu werden. Stimmen in seinem Umfeld plädierten für „türkische Rezepte“.

Der kleine armenische „Überrest“, so das Fazit von Ari Şekeryans Buchs, erkauft sich sein Weiterleben im türkischen Einheitsstaat nach 1923 durch selbstverleugnende Unterwerfung. Er blieb verachtet und eingeschüchtert, und seine Vertreter mussten fortan öffentlich Ankaras Alleinanspruch und Darstellung der Geschichte gleichsam rituell beteuern. Minderheitenrechte gemäß dem Vertrag von Lausanne galten nur bruchstückhaft, soweit die Türkei sie nicht außer Kraft setzte oder die Minderheiten dazu drängte, auf sie zu „verzichten“. Die Westmächte – bis heute die

Garanten des Vertrags – zogen funktionierende Beziehungen mit Ankara der international verpflichtenden Garantie dieser Rechte vor.

Manfred Krapf, Die Oberpfalz während der Weimarer Republik. Wirtschaft und Politik von der Revolution 1918/19 bis zum Ende der Republik 1933. Regensburg, Pustet 2023. 328 S., € 39,95. // doi 10.1515/hzhz-2024-1301

Edith Raim, Landsberg am Lech

Obwohl seit vielen Jahren Dutzende von mehr oder weniger gelungenen Gesamtdarstellungen zur Weimarer Republik produziert wurden, wird immer stärker offenbar, wie wenig über bestimmte Themen konkret bekannt ist. Dazu gehören unter anderem die Regionen des Reichs. Gerade die als arm und rückständig geltende Oberpfalz, einer der acht Regierungsbezirke Bayerns, darf für die meisten Historiker als *Terra incognita* gelten. Umso begrüßenswerter ist die vorliegende Darstellung, die anders als die oft recht oberflächlichen Überblicke vollständig aus den Quellen gearbeitet ist.

Als Quellengrundlage dienen dem Autor die Regierungspräsidentenberichte und anderes offizielles Schrifttum der Regierung, des Landtags, der Bezirksämter, der Polizeibehörden, von Industrie- und Handelskammer und Landwirtschaftsstellen. In drei großen Kapiteln wird der Gegenstand umfassend dargelegt. Zunächst geht es um die strukturellen Ausgangsbedingungen wie Bevölkerung und Wirtschaftslage, ferner um die Parteien, bevor die Oberpfalz während der ereignisreichen Jahre von 1919 bis 1933 analysiert wird.

Dabei wird deutlich, dass die regionalen Ausprägungen hinsichtlich der Revolution doch sehr anders sind als der bekannte und stets wiederholte Fokus auf die Metropole Berlin oder die bayerische Landeshauptstadt München. Besonders hervorzuheben ist die Darstellung der Krise in der Landwirtschaft, die unter den mannigfaltigen Problemen der Weimarer Republik oft ins Hintertreffen gerät. Arbeitslosigkeit als Faktor des Endes der ersten deutschen Demokratie spielte in der Oberpfalz wie in Bayern insgesamt dagegen eine geringere Rolle als im Reich. Interessant ist, dass der Kapp-Lüttwitz-Putsch mit seinen Auseinandersetzungen zwischen Einwohnerwehren und Arbeiterschaft durchaus einen Reflex in der Oberpfalz hatte, während der Hitler-Ludendorff-Putsch spurlos an der Region vorüberging. Der Mord an Walter Rathenau 1922 zeigte mehrere örtliche Kundgebungen, die für eine „pro-repu-